

Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Nienburg/Weser für das Jahr 2007

Der Kreistag des Landkreises Nienburg/Weser hat in seiner Sitzung am 09.03.2007 das nachfolgende Haushaltssicherungskonzept beschlossen.

Rechtslage

Nach § 65 NLO i. V. m. § 82 (6) NGO ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann. Darin ist festzulegen, innerhalb welchen Zeitraums der Haushaltsausgleich erreicht, wie der ausgewiesene Fehlbetrag abgebaut und wie das Entstehen eines neuen Fehlbetrages in künftigen Jahren vermieden werden soll.

Rahmenbedingungen

Der Kreistag hat am 1. Juli 1995 ein Haushaltskonsolidierungskonzept beschlossen, das jährlich fortzuschreiben war, weil ein ausgeglichener Haushalt bis heute nicht erreicht werden konnte.

Auch für das Jahr 2007 muss ein unausgeglichener Haushalt vorgelegt werden, voraussichtlich der letzte nach dem kamerale Haushaltsrecht.

Auch nach der Umstellung auf die Doppik ist ein Haushaltsausgleich nicht in Sicht. Die erdrückenden Lasten aus dem Sozial- und Jugendhilfehaushalt mit teilweise beachtlichen Steigerungsraten können aus Schlüsselzuweisungen und der Kreisumlage nicht getragen werden.

Bericht über die Haushaltssicherung 2006

Bereich	Ziel	Erfolg																																
Personal	Im Herbst 2005 erstellte die KGSt.-Consult ein Gutachten für den Landkreis Nienburg mit dem Ergebnis, dass in verschiedenen Bereichen der Verwaltung Hinweise auf einen überhöhten Personalbestand gegeben wurden. Die Aufarbeitung des Gutachtens führte letztlich zu einigen personellen Konsequenzen. Weitere Veränderungen sind noch umzusetzen.	<p>Wird der Stand der Personalkapazität betrachtet, so ist die Zahl der besetzten Stellen nicht gesunken, sondern gestiegen. Hier muss jedoch darauf abgestellt werden, für wie viele Stellen die Personalkosten erstattet werden und wie viele Stellen zusätzlich für neue Aufgaben – auch mit Zustimmung der Gremien – besetzt wurden.</p> <p>Dabei sollte auf den Zeitraum von Anfang 2005 bis heute abgestellt werden, weil zum 1.1.2005 die Arbeitsgemeinschaft „Arbeitsmarktservice im Landkreis Nienburg/Weser) gegründet wurde und 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die ARGE wechselten oder für die ARGE arbeiteten. Eine Erstattung der Personalkosten erfolgte allerdings nur für 17 Kräfte, weil 6 für die beim Landkreis verbliebenen Aufgaben nach dem SGB II (Stellen für „KdU“) eingesetzt werden mussten. Die Entwicklung beim Personal in den Jahren 2004 bis 2006 kann folgender Aufstellung entnommen werden:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>31.12.2004/1.1.2005</th> <th>31.12.2005</th> <th>20.11.2006</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>besetzte Stellen</td> <td>454,3215</td> <td>458,1805</td> <td>464,2855</td> </tr> <tr> <td>abzgl. Stellen mit Pers.kostenerst.</td> <td>-18</td> <td>-23,44</td> <td>-31,38</td> </tr> <tr> <td></td> <td>436,3215</td> <td>434,7405</td> <td>432,9055</td> </tr> <tr> <td>abzgl. zusätzl. St. f. KdU</td> <td></td> <td>-2</td> <td>-3</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>432,7405</td> <td>429,9055</td> </tr> <tr> <td>abzgl. St. f. neue Aufgaben</td> <td></td> <td>-1,5</td> <td>-9,5</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>431,2405</td> <td>420,4055</td> </tr> </tbody> </table> <p>Es kann also festgestellt werden, dass die Personalkapazität – bezogen auf die Aufgaben, die am 31.12.2004/1.1.2005 wahrgenommen wurden – um rd. 16 Stellen gesunken ist.</p>		31.12.2004/1.1.2005	31.12.2005	20.11.2006	besetzte Stellen	454,3215	458,1805	464,2855	abzgl. Stellen mit Pers.kostenerst.	-18	-23,44	-31,38		436,3215	434,7405	432,9055	abzgl. zusätzl. St. f. KdU		-2	-3			432,7405	429,9055	abzgl. St. f. neue Aufgaben		-1,5	-9,5			431,2405	420,4055
	31.12.2004/1.1.2005	31.12.2005	20.11.2006																															
besetzte Stellen	454,3215	458,1805	464,2855																															
abzgl. Stellen mit Pers.kostenerst.	-18	-23,44	-31,38																															
	436,3215	434,7405	432,9055																															
abzgl. zusätzl. St. f. KdU		-2	-3																															
		432,7405	429,9055																															
abzgl. St. f. neue Aufgaben		-1,5	-9,5																															
		431,2405	420,4055																															
Interkommunale Zusammenarbeit	Senkung der Kosten für die Einführung des neuen kommunalen Rechnungswesens	Beim Einkauf der Software wurde ein Rabatt in Höhe von rd. 60.000 € durch den gemeinsamen Einkauf mit den kreisangehörigen Kommunen erzielt. Durch gemeinsam organisierte Schulungen waren weitere Einsparungen möglich.																																
Sachkosten	Senkung der Reinigungskosten	Durch eine Optimierung der Reinigung werden die Reinigungskosten für Verwaltungsgebäude um rd. 10.000 € gesenkt.																																

	Senkung der Kopierkosten	Kopierer und Zentraldrucker wurden ausgetauscht. Durch eine Optimierung der Ausstattung konnten die Kosten um rd. 17.000 € jährlich gesenkt werden.
	Senkung des Energieverbrauchs	Einzelne Maßnahmen tragen zur Energieeinsparung bei (Austausch von Fenstern, Erneuerung der Heizung).
	Optimierung der Ausstattung mit Informationstechnik	Im Jahr 2006 wurde ein Masterplan für die TUI-Entwicklung erarbeitet. Kostenreduzierungen bei Lizenzverträgen werden darin aufgezeigt.
	Reduzierung der Kosten für die Telekommunikation	Zum 01.10.06 wurde eine neue technisch wesentlich optimierte Telefonanlage erworben. Eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ergibt eine Kostensenkung von rd. 20.000 € jährlich.
Vermögen	Verkauf von nicht mehr benötigtem Vermögen	Es wurden zwei Mietwohnhäuser zu einem angemessenen Kaufpreis veräußert.

Haushaltssicherungsmaßnahmen für 2007

Im Jahr 2007 sollen folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltslage beitragen:

Nr.	Bereich	Ziel	Erläuterung
1	FD Finanzwirtschaft	Erhöhung der Einnahmen aus Verwaltungsgebühren im eigenen Wirkungskreis	Die Anpassung der Personalkostensätze für die Ermittlung der Gebühren wird vorgenommen.
2	FD Entgelte und Bezüge	Senkung der Verwaltungskosten durch Auslagerung der Beihilfesachbearbeitung	Durch eine externe Bearbeitung können die Kosten gesenkt werden.
3	FB Bauen	Aufgabenkritik: Die Bauleitplanung für kreisangehörige Kommunen wird nicht mehr durchgeführt.	Die freiwillige Aufgabe „Bauleitplanung“ führte zu erheblicher Unterdeckung der Kosten. Bestehende Aufträge werden abgeschlossen. Das Personal wird reduziert.
4	FD Finanzwirtschaft	Aufgabe nicht benötigter Beteiligungen	Eine geringfügige Beteiligung an einer Einkaufsgemeinschaft für Krankenhäuser wurde gekündigt (WIBU). Die Aufgabe weiterer Beteiligungen wird geprüft.
5	FB Soziales	Eingliederungshilfe	Reduzierung der Leistungen auf landesdurchschnittliche Beträge durch zielorientierte Leistungsplanung und passgenaue Hilfeleistung.

6	FD Liegenschaften	Einführung eines Energiecontrolling	Durch gezielte Maßnahmen im Bereich der Wärmedämmung und der Erneuerung technischer Anlagen können die Kosten bei der Bewirtschaftung der Gebäude gesenkt werden.
---	-------------------	-------------------------------------	---

Ziel

Das Ziel der Haushaltssicherung ist und bleibt der Haushaltsausgleich. Mit den aufgezeigten oder weiteren Anstrengungen wird der Landkreis Nienburg/Weser nur das Anwachsen weiterer Fehlbeträge verlangsamen können. An den Abbau der Fehlbeträge aus den Ergebnissen der Vorjahre ist noch nicht zu denken.

Das zentrale strukturelle Problem der Kreise ist die wesentlich zu geringe Ausstattung mit eigenen Finanzmitteln im Rahmen des Finanzausgleichs gemessen an den übertragenen Aufgaben und den Pflichtleistungen. Das Land hat die Verbundquote für den Finanzausgleich in den letzten Jahren immer weiter abgesenkt, mittlerweile auf 15,04 %. Dabei wurden die übertragenen Aufgaben nicht zurückgenommen, sondern eher ausgeweitet.

Nach den aktuellen Steuerschätzungen besteht die Hoffnung, dass sich die Haushaltslage der Kommunen etwas entspannt. Diese Entwicklung allein reicht aber nicht aus, um den Kreishaushalt in absehbarer Zeit auszugleichen, da sich aus den Vorjahren erhebliche Fehlbeträge aufgetürmt haben. Das Land bleibt aufgefordert, die Kommunen mit einem den Aufgaben angemessenen Anteil am Steueraufkommen zu beteiligen.